

Lettland

WIM VAN MEURS

Im Rahmen der härteren Gangart zwischen Regierung und Opposition mit zahlreichen Korruptionsvorwürfen und Skandalen war der Abschluss der Großprivatisierung der politische Zankapfel der letzten Jahre. Der Sturz der Regierung Skele im April 2000 hing kausal mit Privatisierungsentscheidungen zusammen. Es folgte ein neues, breitere Regierungsbündnis Berzins aus Volkspartei, Vaterland und Freiheit/LNNK, Lettlands Weg sowie die Neue Christliche Partei, die die Koalition Anfang 2001 wieder verließ. Außerparlamentarisch machen zunehmend kleine, extremistische Bewegungen mit Protestmärschen und Anschlägen auf sich aufmerksam: Nationalbolschewiken auf der einen, das neofaschistische Perkonkrusts (Eisenkreuz)¹ auf der anderen Seite.

Im Vorfeld der Kommunalwahlen wies Premier Berzins eine Petition von Nichtstaatsbürgern, ihnen das aktive Lokalwahlrecht zuzugestehen, mit dem Argument zurück, dies sei nur bei einem geringen Bevölkerungsanteil von Nichtstaatsbürgern praktikabel (Lettland hat eine halbe Million Nichtstaatsbürger bei 2,5 Millionen Einwohnern) und dies, obwohl Estland bereits 1993 gerade wegen des hohen Anteils von Nichtstaatsbürgern in einzelnen Städten diesen Schritt getan hatte. Mittlerweile wurde diese Empfehlung vom Europäischen Parlament übernommen.² Die Kommunalwahlen am 11. März 2001 ließen auf einen Ruck nach Links schließen, mit Zugewinnen für die Litauische Sozialdemokratische Arbeiterpartei (LSDAP) und die Partei für Menschenrechte in einem Vereinten Lettland.

Belastet wurden die interethnischen Beziehungen (und die zu Russland) durch die Inkraftsetzung des Sprachgesetzes vom Dezember 1999 zum 1. September 2000. Es waren vor allem die Vorgaben für den Privatsektor und die erforderlichen Sprachqualifikationen für bestimmte Berufsgruppen, die zu Protesten russischer Organisationen und längerem Tauziehen mit der OSZE führten. Dennoch beschloss der Europarat Anfang 2001, sein Monitoring in Lettland zu beenden und appellierte erneut an Riga, die bereits 1995 unterschriebene Minderheitenkonvention zu ratifizieren.³ Die Integration der Russischsprachigen verläuft jedoch mühsam: Seit 1995 wurden lediglich etwa 40.000 eingebürgert.

EU-Beitrittsverhandlungen

Ähnlich wie Litauen hat auch Lettland das Nachholprinzip für die Helsinki-Gruppe erfolgreich umgesetzt und, indem es 2001 mehrere Anträge für Übergangsfristen zurücknahm, innerhalb von 18 Monaten 16 Verhandlungskapitel abgeschlossen.

Dennoch spricht sich in Umfragen bestenfalls die Hälfte der Bevölkerung für den Beitritt aus, 30-40% jedoch dezidiert dagegen. Anders als in Estland sind vor allem Nichtstaatsbürger euroskeptisch.⁴ Als Moskau und Riga sich auf keine Regelung für den kleinen Grenzverkehr einigen konnten, wurde Ende 2000 im Rahmen der Beitrittsvorbereitung ein entsprechendes Visaregime für die lettisch-russische Grenze anvisiert.

Außenhandel und Außenpolitik

Lettland erholte sich schneller als beide Nachbarstaaten von der Rubelkrise 1998, nicht zuletzt da der Handel überwiegend mit der EU und nur zu einem kleinen Teil mit den GUS-Staaten stattfindet. Die wirtschaftlichen Daten zeigen ein gemischtes Bild, mit größeren Defiziten in Handelsbilanz und Staatshaushalt, aber eine niedrige Inflation und sinkende Arbeitslosigkeit. Reformen wie die bislang verschleppte Privatisierung, die Umstrukturierung des Agrarsektors, der Umbau des Rechtswesens und die Korruptionsbekämpfung stehen noch aus.

Die kleine lettische Volkswirtschaft ist in nicht geringem Maße vom russischen Transithandel (insbesondere Öl) zu den Hafenterminals der „boomtown“ Ventspils abhängig. Während die Hälfte der Bevölkerung sich laut Umfragen dieser Abhängigkeit bewusst ist, wächst die sozialwirtschaftliche Kluft zwischen den prosperierenden Küstenstädten und dem ruralen Hinterland: Im Landesdurchschnitt lag die Arbeitslosigkeit Mitte 2001 unter 8%, während sie in Riga aber nur halb so groß war, im östlichen Grenzgebiet dagegen fast 30% erreichte.

Präsidentin Vike-Freiberga und Politiker der Regierungskoalition waren bemüht, die Beziehungen zu Russland zu verbessern und distanzieren sich von der Idee einer Entschädigungsforderung für die Sowjetbesatzung. Statt dessen wurden Putin und Premier Kaschanov nach Lettland eingeladen.

Ein positives Beispiel für regionale Kooperation bildete Mitte 2000 die Zusammenlegung der lettischen und estnischen Elektrizitätswerke: die lettischen Wasserkraftwerke bieten ihre Höchstleistung im Frühjahr, die estnischen Ölschieferverfeuerung im Herbst. Die Privatisierung des lettischen Partners Latvenergo wurde jedoch vom Parlament blockiert.

Anmerkungen

- 1 Benannt nach einer faschistischen Organisation der Zwischenkriegszeit.
- 2 Europäisches Parlament: Bericht zu Lettland 1997/2176 (COS).
- 3 Council of Europe: Parliamentary Assembly Res. 1236 (2001).
- 4 RFE/RL Baltic Report 32 (20.09.2001), S. 10.

Weiterführende Literatur

- Freter-Bachnak, Katja (Hrsg.): Die Erweiterung der EU und die Baltischen Staaten, Wiesbaden 2001.
- Henning, Detlev: Sprachenpolitik und Sprachgesetzgebung der Republik Lettland, in: WGO Monatshefte für osteuropäisches Recht 2 (2000), S. 103-124.
- Kolstø, Pal (Hrsg.): Nation-Building and Ethnic Integration in Post-Soviet Societies: An Investigation of Latvia and Kazakstan, Boulder Colo. 1999.
- Nationalism and Citizenship in Latvia, in: East European Human Rights Review 1-2 (2000), S. 1-32.